



EOS KSI Forderungsmanagement GmbH & Co. KG · 74641 Künzelsau



01 30C8 F581 7D 0000 252E

DV 09.22 0,85 Deutsche Post

PREMIUMADRESS



*K4010*594*344205549*

Ruhrgutachten
Inh. Michael Lyhs
Unterm Jäger 1
44892 Bochum

EOS KSI Forderungsmanagement GmbH & Co. KG

Ihre Ansprechpartnerin: Tanja Walter

Telefon: 07940 983300-1968

Telefax: 07940 983300-221968

E-Mail: tanja.walter@eos-ksi.de

Aktenzeichen: **41287502000-2-WAT-0310**

- bitte stets angeben -

Künzelsau, 13.09.2022

Datenschutzinformation auf eos-ksi.de/datenschutz

Gläubiger: Adolf Würth GmbH & Co. KG, Reinhold-Würth-Str. 12-17, 74653 Künzelsau
säumiger Kunde: Ruhrgutachten Inh. Michael Lyhs, Unterm Jäger 1, 44892 Bochum (Kd-Nr. 001_0050_0002334978)
Betreff: Mahnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Kunde hat uns mit der Einziehung der in diesem Schreiben und angehängter Übersicht dargelegten Forderung beauftragt. Nach den uns vorliegenden Informationen handelt es sich hierbei um eine Forderung mit gewerblichem Hintergrund. Sollte diese Information falsch sein, so bitten wir um Ihren Hinweis.

Unser Kunde konnte trotz wiederholter Mahnungen keinen Zahlungseingang verzeichnen. Ihm sind bislang auch keine Gründe bekannt, die das Ausbleiben der Zahlung begründen.

Wir betrachten es als unsere Aufgabe, die Angelegenheit in einer ausgleichenden Form zu erledigen. Sollten Sie Einwendungen gegen die Forderung haben, so zeigen Sie uns diese zwecks Prüfung bitte unverzüglich unter Angabe der Gründe an, andernfalls fordern wir Sie auf, die Gesamtforderung **bis spätestens 20.09.2022 bei uns eingehend** auszugleichen.

Hauptforderung laut beigefügter Forderungsübersicht		47,22 €
davon in Verzug (Gegenstandswert):		47,22 €
Mahnkosten des Kunden	2,50 €	
Sonstige Kosten	0,00 €	
Auskunftskosten	0,00 €	
8,12 % Zinsen seit 17.08.2022	0,36 €	2,86 €
Inkassovergütung aus 47,22 € Gegenstandswert:		
- Grundvergütung	15,00 €	
- Auslagenpauschale	3,00 €	18,00 €
Insgesamt		68,08 €

Weitere Informationen zu einzelnen Positionen der Forderung entnehmen Sie bitte nachfolgender Forderungsübersicht. Bitte beachten Sie auch umseitig abgedruckte Hinweise, insbesondere zur Inkassovergütung und ihrer möglichen Erhöhung.

Bitte zahlen Sie ausschließlich auf unser **Konto IBAN DE46672922000059500007, BIC GENODE61WIE (Volksbank Kraichgau eG)** unter Angabe des Aktenzeichens.

Mit freundlichen Grüßen

EOS KSI Forderungsmanagement GmbH & Co. KG

Hinweise zum Verzugsschaden nach §§ 280, 286, 288 BGB

I. Pflichtverletzung und Schadenersatzpflicht nach §§ 280, 286, 288 BGB

Durch die Verletzung einer vertraglichen Verpflichtung kann ein ersatzpflichtiger Schaden entstehen. Das deutsche Zivilrecht regelt dies in § 280 ff. BGB (Bürgerliches Gesetzbuch). Solch eine Pflichtverletzung liegt bereits vor, wenn die Zahlung eines vereinbarten Entgeltes (z.B. Kaufpreis, Werklohn, Miete, ...) nicht pünktlich erfolgt und durch die Verspätung Verzug entsteht. Wie Verzug entsteht regelt § 286 BGB.

Zusätzlich zu entstandenen Kosten des Forderungseinzugs selbst sieht das deutsche Recht eine Verzinsung von in Verzug befindlichen Forderungen in § 288 BGB vor. „Eine Geldschuld ist während des Verzuges zu verzinsen.“

Um diesen Schaden und die Verpflichtung zum Ersatz des Schadens zu vermeiden hilft nur der pünktliche Ausgleich von Verbindlichkeiten.

II. Verzugsschaden

a) Inkassovergütung

Die Inkassodienstleistung stellt eine Geschäftsbesorgung dar, deren Vergütung zwischen dem Gläubiger und EOS KSI vereinbart ist. Sie stellt für den Gläubiger Schaden dar, der durch die Beauftragung nach Verzugsseintritt entsteht und im Falle vertraglicher Ansprüche gemäß §§ 280 ff. BGB in Verbindung mit § 13e RDG vom säumigen Kunden bis zur Höhe der einem Rechtsanwalt nach den Vorschriften des RVG (Rechtsanwaltsvergütungsgesetz) zustehenden Vergütung zu ersetzen ist.

Die Vergütung der EOS KSI richtet sich nach RVG.

aa) für die außergerichtliche Tätigkeit

Der Gebührensatz der Vergütung ist stets abhängig von Umfang und Schwierigkeit der Bearbeitung. Er beträgt in einer *unbestrittenen* Forderungsangelegenheit in der Regel 0,9 (max. 1,3) und in einer *bestrittenen* Forderungsangelegenheit 1,3 (max. 2,5) entsprechend einer Geschäftsgebühr nach Nr. 2300 VV RVG (Vergütungsverzeichnis RVG), zzgl. Auslagen nach Nr. 7000 ff VV RVG (mindestens Auslagenpauschale für Post- und Telekommunikationsaufwendungen, welche nach Nr. 7002 VV RVG 20% der Inkassovergütung, max. 20 EUR beträgt). Abweichend hiervon beträgt der Gebührensatz in *unbestrittenen* Forderungsangelegenheiten in der Regel 0,5, wenn auf erste Mahnung hin und ohne Weiterungen ein vollständiger (auch ratierlicher) Ausgleich erfolgt. Bei Weiterungen kann er sich auf in der Regel 0,9 erhöhen.

Nachstehend abgebildet sind exemplarisch ausgewählte Gebühren nach RVG für Hauptforderungen bis 10.000 EUR und typische Gebührensätze exkl. Auslagenpauschale. Für *unbestrittene* Forderungen bis 50 EUR beträgt eine 1,0 Gebühr dabei abweichend lediglich 30 EUR statt 49 EUR.

Hauptforderung bis	0,5 Geb.	0,7 Geb.	0,9 Geb.	1,0 Geb.	1,3 Geb.
500,00 €	25,50 €	34,30 €	44,10 €	49,00 €	63,70 €
1.000,00 €	44,00 €	61,60 €	79,20 €	88,00 €	114,40 €
1.500,00 €	63,50 €	88,90 €	114,30 €	127,00 €	165,10 €
2.000,00 €	83,00 €	116,20 €	149,40 €	166,00 €	215,80 €
3.000,00 €	111,00 €	155,40 €	199,80 €	222,00 €	286,60 €
4.000,00 €	139,00 €	194,60 €	250,20 €	278,00 €	361,40 €
5.000,00 €	167,00 €	233,80 €	300,60 €	334,00 €	434,20 €
6.000,00 €	195,30 €	273,00 €	351,00 €	390,00 €	507,00 €
7.000,00 €	223,00 €	312,20 €	401,40 €	446,00 €	579,80 €
8.000,00 €	251,00 €	351,40 €	451,80 €	502,00 €	652,60 €
9.000,00 €	279,00 €	390,60 €	502,20 €	558,00 €	725,40 €
10.000,00 €	307,00 €	429,80 €	552,60 €	614,00 €	798,20 €

Gebührensätze gültig ab 01.01.2021 (KostenPA-G)

bb) für die Mitwirkung an einer Einigung

Für die Mitwirkung an einer Einigung, wie z.B. dem Abschluss einer Zahlungsvereinbarung, kann eine Einigungsgebühr nach Nr. 1000 VV RVG mit einem Gebührensatz von 0,7 in Verbindung mit § 31b RVG in anderen Fällen mit einem maximalen Gebührensatz von 1,5 anfallen.

cc) im gerichtlichen Mahnverfahren

Durch die Einleitung eines gerichtlichen Mahnverfahrens fallen mit Beantragung des Mahnbescheids Gerichtskosten sowie eine Vergütung des Inkassounternehmers an, die Beantragung des Vollstreckungsbescheids löst eine weitere Vergütung aus. Inkassovergütungen richten sich nach Nr. 3305, 3308 VV RVG. Gerichtskosten fallen an nach GKG (Gerichtskostengesetz). § 91 Abs. 1 ZPO regelt ihre Erstattungsfähigkeit.

dd) in der Zwangsvollstreckung

Die Vergütung des Inkassounternehmers für seine Tätigkeit in der Zwangsvollstreckung regelt § 13e Absatz 2 RDG in Verbindung mit § 788 ZPO.

b) Verzugszinsen

Auch die Höhe des Zinses, dem der Basiszins gemäß § 247 BGB zu Grunde liegt, regelt § 288 BGB. Der Basiszins wird auf www.basiszins.de veröffentlicht.

c) Mahnkosten des Gläubigers

Mahnkosten des Gläubigers sind Aufwendungen aus dessen kaufmännischen Mahnverfahren. Sie sind ab Verzug erstattungsfähig in Höhe der Pauschale von 40 EUR gemäß § 288 Abs. 5 BGB (außer bei Verbrauchern), oder in Höhe des tatsächlichen Schadens.

d) Sonstige Kosten (Gläubiger / EOS KSI)

Bereits beim Kunden können im Vorfeld Kosten entstanden sein, z.B. Kosten aus geplatzten Lastschriftinzügen (Bankrücklastkosten), die vom säumigen Kunden auf Grund seiner Pflichtverletzung zu ersetzen sind.

Wenn die dem Vertragspartner benannten Daten wie Name, Firmierung, Anschrift, Kontaktdaten nicht gültig sind, können Kosten aus notwendigen Recherchen entstehen. Dies können Kosten aus Einwohnermeldeamtsanfragen, Gewerbeamtsanfragen, Handelsregisterauskünften, Detektirecherchen oder ähnlichem sein, die vom säumigen Kunden auf Grund seiner Pflichtverletzung zu vertreten und zu ersetzen sind.

e) Umsatzsteuerschaden - Verzugsschaden aus nicht als Vorsteuer absetzbarer Umsatzsteuer

Für Gläubiger, welche die auf Kosten der Rechtsverfolgung anfallende Umsatzsteuer nicht als Vorsteuer nach § 15 Abs. 2 UStG geltend machen können, oder nach § 15 Abs. 3 UStG nur anteilig (quotale) als Vorsteuer geltend machen dürfen, entsteht durch die (ggf. quotalen) Nichtabzugsfähigkeit von Umsatzsteuer ein Aufwand in Höhe der Nichtabzugsfähigkeit. Dieser Aufwand stellt Schaden im Sinne des Beschlusses des BFH VII E 9/89 vom 06.03.1990 dar, der daher vom säumigen Kunden zu tragen ist. Ein solcher Schaden wird von EOS KSI unter der Bezeichnung „Vorsteuerschaden“ oder „Umsatzsteuerschaden“ ausgewiesen.